



In die Zukunft investiert

Beschulung von hessischen GdP-Mitgliedern in der Vorstandsarbeit



Auf dem letzten Delegiertentag habt IHR den Landesvorstand beauftragt, wieder die Vertrauensleute-Seminare oder -Beschulungen für Kolleginnen und Kollegen in den Vorständen der hessischen GdP neu aufzulegen, die es früher einmal gab.

Endlich konnten WIR Ende August diesen Auftrag in die Tat umsetzen. Ein dreiköpfiges „Seminarleiter-Team“, bestehend aus Matthias Langer (Nordhessen), Hendrik Steinack (Bereitschaftspolizei) sowie Stefan Rüppe (Nordhessen), dass sich vorher in dieser Zusammensetzung noch nie getroffen hatte, organisierte mit der Hilfe von Ruth Brunner von unserer Geschäftsstelle ein zweitägiges Seminar „Beschulung von GdP-Mitgliedern in der Vorstandsarbeit“, in dem uns gut bekannten Landgasthof Bechtel in Zella.

Mit 24 Kolleginnen und Kollegen aus allen Bereichen der hessischen GdP „ackerten“ wir alle vorher vom geschäftsführenden Landesvorstand als wichtig erachtete Themen durch.

Unter anderem erarbeiteten wir in Gruppenarbeiten eine Jahreshaupt-

versammlung von der Planung über die Einladung hin zu besonderen Gästen. In den Arbeitsgruppen wurden interessante, oft auch neue Gedanken erarbeitet, die hoffentlich bald in den Kreis- und Bezirksgruppen angewendet werden.

Der Aufbau und die Struktur der GdP Hessen und das Vorstellen der Mitarbeiter unserer Geschäftsstelle gehörten natürlich auch zum Programm.

Die allgemeine Arbeit in Vorständen der GdP wurde ebenfalls in Arbeitsgruppen erarbeitet. Hier wurden Ehrungen, Geburtstage, Kassenführung usw. besprochen.

Auch wurde die Pressearbeit nach außen und innen beleuchtet und auch die politische Arbeit auf Kreisgruppen- und Bezirksgruppenebene angesprochen und an Beispielen verortet.

Mitgliederverwaltung und der Rechtsschutz durften natürlich auch nicht fehlen. Interessant war auch am ersten Abend, dass unser Landesvorsitzender Andreas Grün sich ab nachmittags die Zeit nahm, zu „seinen Funktionären“ nach Zella zu kommen. Die Seminarteilnehmer über-

legten sich zu Beginn des Seminars einige Fragen, die Andreas dann am Nachmittag gestellt wurden. Er konnte in gewohnter Art mit Humor und Tiefe alle Fragen zur Zufriedenheit der Teilnehmer beantworten.

Der „inoffizielle Teil“ wurde von allen Teilnehmern als ebenfalls sehr wichtig beschrieben. Hier nahm sich Andreas auch den ganzen Abend Zeit, mit allen noch einmal ins Gespräch zu kommen.

Bei allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern möchten wir uns als „Seminarleitung“ herzlich bedanken. Ihr habt am ersten Tag von morgens bis abends um 18 Uhr voll durchgehalten, wart hochmotiviert und hattet super Ideen, die die hessische GdP bei der Umsetzung sicher nach vorne bringen werden.

Ihr wart eine starke Truppe! Danke!

Im nächsten Jahr wird ein weiteres Seminar der gleichen Art angeboten werden und zudem soll ein „Aufbau-seminar“ für Kolleginnen und Kollegen, die schon länger in GdP-Vorständen arbeiten, umgesetzt werden.

Stefan Rüppe



Europaseminar der GdP in Brüssel (26.–29. 9. 2016)

Zum zweiten Mal organisierte Ende September die Gewerkschaft der Polizei in Verbindung mit der Friedrich-Ebert-Stiftung ein Europaseminar in Brüssel. Drei Tage wurde über das Thema „Wie sicher ist Europa? Herausforderungen für die Polizeiarbeit in der EU“, referiert und diskutiert. 22 Beamte und Beamtinnen aus verschiedenen Bundesländern, welche in den unterschiedlichsten Funktionen bei der GdP tätig sind, waren vertreten. Mir wurde die Möglichkeit eröffnet, als Vertreterin der Jungen Gruppe der GdP Baden-Württemberg an dieser Veranstaltung teilzunehmen.

Die Stadt Brüssel, welche als Zentrum der Europäischen Union gilt und sich spätestens seit den Anschlägen im März 2016 wieder intensiv mit dem Thema Sicherheit und Frieden beschäftigt, stellte einen besonderen Rahmen für das Seminar dar.

Das Seminar begann mit einem Vortrag über die „Rolle und Handlungsfelder der europäischen Polizeiaгентur Europol“. Die Referentin für Stabs- und Gremienarbeit aus Den Haag äußerte, dass das Thema Terrorismus in den letzten Jahren im Dornröschenschlaf lag und nun eine Herausforderung darstellt. Die Arbeit gestaltet sich in Bezug auf die Informationsgewinnung schwierig, da die EU-Mitgliedsstaaten im Austausch sehr zurückhaltend sind. Aus der anschlie-



Die hessische Delegation im Büro der GdP Brüssel.
V. l. n. r.: Andreas Grün, Markus Hüschent, Jörg Bruchmüller

ßenden Diskussion im Kreise der Seminarteilnehmer wurde erkennbar, dass ein einheitliches Datensystem auf Bundesebene gewünscht wird. Erst dann könne der Datenaustausch auf Europa ausgeweitet werden.

Der Direktor der internationalen Polizeizusammenarbeit, Peter De Buysscher, aus Brüssel gab einen Einblick in die Polizeiarbeit in Brüssel

und die Veränderungen zum Thema Innere Sicherheit seit den Anschlägen im März 2016 in Brüssel. Der Anstieg des Informationsaustausches nach den Anschlägen stieg um 400 Prozent. In Belgien sind derzeit ca. 450 Foreign Terrorist Fighters bekannt. Dabei handelt es sich um europäische Staatsbürger, die in Kriegsregionen ausgereist sind, um beispielsweise in Syrien für den sogenannten Islamischen Staat (IS) zu kämpfen, um im Anschluss nach Europa zurückzukehren, um dort Anschläge zu verüben.

Es werden nun Risikoanalysen und neue Verfahren erstellt, um die Gefahr weiterer Anschläge zu verringern beziehungsweise zu verhindern. Die internationale Polizeiarbeit sei nun wichtiger denn je, so Peter De Buysscher.

Auch bei der Ständigen Vertretung (StäV) der Bundesrepublik Deutschland bei der EU in Brüssel, welche für die deutschen Interessen in Brüssel vertreten ist und diese an Berlin weitergibt, wurde heiß diskutiert. Ein Thema, das die Beamten vor allem an den Außengrenzen zu Frankreich beschäftigt, ist die Verschärfung der Grenzkontrollen. Vertreter der StäV gaben an, sich mit dem Schengener



Die Seminarteilnehmer mit Yvonne Kaufmann im EU-Parlament.



FORTBILDUNG

Informationssystem zu beschäftigen, um dies besser für Grenzbeamte gestalten zu können. Des Weiteren möchte die StäV, die sich vermehrt in den letzten zwei Jahren mit dem Thema „Sicherheit in Europa“ beschäftigt, Europol massiv im Bereich des Informationsaustausches stärken und die Deradikalisierung stoppen.

Des Weiteren hatten wir die Möglichkeit, eine Debatte im Europäischen Parlament mit MdEP Sylvia-Yvonne Kaufmann, Mitglied des Europäischen Parlaments, S&D Gruppe, Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres, zu führen. Frau Kaufmann kam einleitend auf die Problematik der Terrorismusbekämpfung zu sprechen und kritisierte auch den unzureichenden Informationsaustausch der Mitgliedsstaaten und deren Kooperation. Es würde zu wenig Prävention im Bereich der Terrorismusbekämpfung stattfinden. Der Kernpunkt aus ihrer Sicht ist, dass wir zwar viele Gesetze haben, welche aber schlecht umgesetzt werden. Ihr Appell war, die gesetzgebende und ausführende Gewalt mehr zu verbinden.

Zum Seminarabschluss referierte Jörg Bruchmüller, Mitglied im Geschäftsführenden Bundesvorstand der GdP und zuständig für den Bereich



Logo des Europäischen Parlaments

„Internationales“, über die internationale Gewerkschaftsarbeit am Beispiel der GdP. Jörg Bruchmüller ist seit April 2016 mit einem GdP-Büro in Brüssel vertreten und kann in kurzen Wegen im Gesetzgebungsverfahren das Anliegen der Polizei vor Ort vertreten.

Als Fazit des diesjährigen Europaseminars lässt sich sagen, dass in den Gesprächen mit den Referenten aus Kommission, Parlament sowie der StäV erkennbar war, dass Ziele zeitlich schwer festgesetzt werden können. Zudem sei es ein Problem innerhalb der EU, dass zu viel Unkenntnis bzw. Unwissen in Bezug auf andere Mitgliedsstaaten vorhanden sei. Deshalb gaben die Referenten zu erkennen, dass sie über Lobbyarbeit seitens der GdP dankbar sind. Auch kamen bei dem Thema Datenschutz auf EU-

Ebene Bedenken auf, da hierfür noch keine geeignete Rechtsgrundlage geschaffen wurde.

In Bezug auf die gewerkschaftliche Arbeit wäre die Vernetzung mit Gewerkschaften anderer Länder zu begrüßen. Mit dem internationalen Büro der GdP in Brüssel kann nun ein Netzwerk aufgebaut werden, dass nicht nur durch Lobbyarbeit erreicht werden soll, sondern auch durch Veranstaltungen vor Ort, um sich international zu etablieren. Gerade in der jetzigen Zeit, die durch Terrorismus überschattet ist, ist es notwendig, sich durch Informationen gegenseitig zu unterstützen, denn Terrorismus macht an Landesgrenzen nicht halt.

Für mich war erkennbar, wie wichtig es ist, gewerkschaftlich organisiert zu sein und sich die Bedeutung einer Gewerkschaft nicht daran bemisst, ob ich mit Geschenken überhäuft werde, sondern inwieweit eine Gewerkschaft sich für die Belange der Kolleginnen und Kollegen innerhalb der Polizei einsetzt. Denn es geht letztendlich auch um meine eigene Sicherheit als Polizeibeamtin. Und dort fühle ich mich in der GdP gut aufgehoben.

Carolin Schmid,
Junge Gruppe GdP Baden-Württemberg
Präsidium Einsatz



Auf dem Dach der Landesvertretung Hessens in Brüssel

© LV Hessen



Polizeidienstbekleidung in Deutschland

Unterschiede und Weiterentwicklungsnotwendigkeiten für Hessen (Fortsetzung aus DP 8)

Teil 5: Poloshirt

Das Poloshirt steht offensichtlich im Gegensatz zu der Idee, weniger, jedoch funktionalere Bekleidungsstücke zu entwickeln. Durch das Vorhandensein wird die Anzahl der Oberbekleidungsstücke erhöht und die Kombinationsmöglichkeiten beim Tragen steigen. Letzteres steht allgemein zudem im Gegensatz zu einem uniformen, einheitlichen Auftreten: so wird es nicht nur in den Sommermonaten, sondern (aufgrund einer ebenfalls vorhandenen langärmeligen Variante) auch in der Übergangszeit immer schwieriger, einheitlich gekleidete Funkstreifenbesatzungen im Dienstgeschäft einzuteilen.

Oft aus der Form geraten, aufgeraute Flächen, verknittert und stets welliger sowie schnell ausgefranster Kragen prägen ferner das nicht gepflegte, sondern eher nachlässig wirkende Erscheinungsbild, weshalb das Oberteil von den Kollegen oft auch abwertend als „Schlafanzug“ bezeichnet wird (Bild 1 und 2). Hat man bei der Entwicklung des Poloshirts vor der Einführung zwei Vorgängerversionen verworfen, da man die Qualitätsanforderung an eine Polizeiuniform als nicht erfüllt ansah, kann man sich auch heute noch begründet einige Fragen stellen:

Was hat sich seitdem grundlegend geändert? Genügt dieses Kleidungsstück aufgrund seiner Beschaffenheit



Poloshirt Hessen Brusttasche

den Ansprüchen an eine zeitgemäße und vor allem qualitativ hochwertige Dienstbekleidung? Warum wird dabei nicht insbesondere den Erfordernissen operativer Tätigkeiten Rechnung getragen? Und auf welche Tätigkeit zielt ein die Optik verschlechterndes Poloshirt überhaupt ab?

Da sich andere Bundesländer diese oder ähnliche Fragen augenscheinlich vorher gestellt haben, ist es nicht verwunderlich, dass die meisten Länderpolizeien auf ein Poloshirt bei der

Uniform verzichten oder höchstens zur Einsatzkleidung zulassen.

In Nordrhein-Westfalen hieß es beispielsweise unmissverständlich „Die Projektgruppe hat sich aufgrund der negativen Erfahrungen der österreichischen Polizei bewusst dagegen entschieden. Ein solches Shirt wirkt sich negativ auf die Akzeptanz aus und verliert zudem sehr schnell die Passform“.¹

Eine Studie aus dem Jahr 2013 zum Thema Gewalt gegen Polizeibeamte,



Poloshirt Hessen Kragen



Poloshirt Hessen

Welche Abb. sind 1-4?



ARBEITSKLEIDUNG



Poloshirt Rheinland-Pfalz

noch nicht einmal ein dienstlich geliefertes Standardnotizbuch der Größe DIN A6 hineinpasst (Bild 3). Es zeigt sich also erneut, dass eine möglicherweise angestrebte funktionale Verbesserung des Kleidungsstückes nicht eingetreten ist und sogar in törichter Weise verfehlt wurde. Argwöhnisch könnte man mittlerweile auch fragen: will man sich über die hessischen Dienstbekleidungsträger lustig machen oder hat man tatsächlich so wenig Hintergrundwissen zu den Anforderungen und Bedürfnissen des operativen Polizeidienstes, die sich aus dem täglichen Dienstgeschäft ergeben? Zweifelsohne bildet dies nämlich die Grundlage für eine funktionale Dienstbekleidung.

Einmal mehr drängt sich daher der Verdacht auf, dass ohne Transparenz hinter verschlossenen Türen über die Dienstbekleidung be-

stimmt wird, ohne die Kollegen aus der Praxis zu informieren und zu beteiligen. Kann das Ergebnis da tatsächlich noch eine Uniform „von der Polizei, für die Polizei“³ sein?

Auch bei der optischen Ausgestaltung stellt sich die Frage, warum scheinbar noch nicht einmal versucht wurde, das Poloshirt an den Rest der Uniform anzupassen. Konkret und beispielhaft angesprochen werden sollen am Kragen befindliche optische Elemente, bestehend aus zwei parallel verlaufenden dunkelblauen Streifen, die sich sonst nirgendwo an der Dienstbekleidung finden lassen. Das lässt darauf schließen, dass in Hessen offensichtlich kein stimmiges Gesamtkonzept vorliegt und ein optischer Wiedererkennungswert als Polizeiuniform nicht gewünscht ist, da die Uniform wie wahllos zusammengestückt erscheint.

Aus vorgenannten Gründen erscheint grundsätzlich (und ungeachtet der bestehenden qualitativen Mängel) aus polizeilicher Sicht das Vorhandensein eines Poloshirt als Teil der Dienstbekleidung für Polizeidienst weder als zweckdienlich, noch als sinnvoll. Wenn Dienstkleidung in erster Linie gemütlich aussehen und lässig zu tragen sein soll, stellt sie folglich keinen Unterschied mehr zu

Freizeitkleidung dar, was ihren Sinn infrage stellt.

Im Hinblick auf die bestehende Länderkooperation zwischen Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland und der damit beabsichtigten Angleichung der Uniform zwischen Hessen und Rheinland-Pfalz kann dazu auch passend darauf hingewiesen werden, dass bei der Polizei Rheinland-Pfalz zwar ein Poloshirt existiert, dieses dort aber lediglich Sonderbekleidung darstellt und, analog zum hessischen Sweat- und Einsatz-T-Shirt, kein Bestandteil der regulären Uniform ist. Überdies wird es dort auch nicht im schmutzempfindlichen Hellblau, sondern in Dunkelblau beschafft (Bild 4). Die darüberhinaus gehenden Vorteile von Dunkelblau, auch im Hinblick auf die Eigensicherung, werden im Rahmen der näheren Betrachtung der Einsatzbekleidung noch beleuchtet.

Zusammenfassend lässt sich also feststellen, dass das Poloshirt eine optisch miserable Wirkung hat, da es allgemein schlampig und unseriös wirkt. Grundsätzlich wertet es die Optik des Dienstanzuges ab, kann Konfliktpotenzial beim polizeilichen Gegenüber begünstigen und wirkt einem einheitlichen Erscheinungsbild durch unnötige Vielfalt entgegen. Es bietet weder funktionale Vorteile, noch einen verbesserten Tragekomfort gegenüber den Uniformhemden. Es sollte, da es der Verkörperung einer mit Grundrechtseingriffen befassten Behörde nicht gerecht wird und es auch sonst keinen plausiblen Grund für ein Vorhandensein als Uniformteil gibt, entweder wieder abgeschafft oder alternativ lediglich als Sonderbekleidung, dann aber in Dunkelblau, zugelassen werden.

Nils Döring

durchgeführt von Herrn Dr. Prof. Max Hermanutz und mehreren Polizeibeamter der Hochschule für Polizei Villingen-Schwenningen, ergab zudem: „Das Tragen eines Poloshirts löst am meisten Gewaltbereitschaft aus, insbesondere bei inkorrekt kommuniziert.“²

Der vermeintliche Vorteil, angenehmeres Tragen unter der Schutzweste, ist indes unplausibel, da sich unter den Schutzpaketen im Sommer bekanntermaßen unabhängig von der Unterbekleidung die Hitze staut. Die Eigenschaften eines speziellen Unterziehfunktionsshirt oder anderer Funktionssonderbekleidung hat das Poloshirt nicht. Zudem ist das Poloshirt im oberen Bereich wie die Hemden mit Knöpfen versehen, die bei angelegter Schutzweste zwischen Körper und Schutzpaket liegen. Dieser mögliche Grundgedanke schließt sich also ebenfalls aus.

Auch eine aktuelle Überarbeitung brachte keine funktionale Verbesserung und wirft weiterhin Fragen über die Sinnhaftigkeit des Kleidungsstückes auf. So lässt sich bei aktuellen Auslieferungen neuerdings linksseitig eine aufgesetzte Brusttasche finden. Deren praktischer Nutzen ist aufgrund ihrer Beschaffenheit und des winzigen Formats jedoch äußerst fraglich, da

- 1 „BernD' – das Uniformprojekt in NRW“, 2007, erschienen in „Streifen“, 46. Jahrgang – Sonderausgabe zum Trageversuch „neue Polizeiuniformen NRW“, Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
- 2 http://www.polizei-newsletter.de/documents/2013_Hermanutz_Zusammenfassung_Hauptergebnisse.pdf (zuletzt aufgerufen: 26. 3. 2015)
- 3 „166 Polizisten testen die neue Uniform“, 2005, erschienen in „Hessische Polizeirundschau“, Ausgabe 11/2005, HMdIS, Wiesbaden



Hessen vorn!

Das gab es im Ländervergleich tatsächlich.

„Hessen vorn!“ Auf die Wahlkampfpapole von 1962 durften Hessens Bürger Jahrzehnte zurecht stolz sein. In vielen politischen Regelungsbereichen belegte Hessen Spitzenplätze. Das deutsche Wirtschaftswunder war auch ein hessisches. Auch Politiker genossen einst hohes Ansehen und Polizisten verdienstvollen Respekt.

Das hat sich nach politischem Wechsel seit etwa siebzehn Jahren für Politiker und Landesbedienstete dramatisch geändert. Das **n** vom „Vorn“ ist durch „politisches Abkochen“ (hessisches Synonym fürs Sparen bei Bediensteten) verlorengegangen. Wann Hessen den hinteren Rängen im Ländervergleich wieder entkommt, wird von den dringenden erforderlichen politischen Entscheidungen abhängen.

Geblieben ist Hessens Finanzstärke. Hessen hat das höchste Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, eine geringe Arbeitslosenquote und ist nach wie vor Zahler im Länderfinanzausgleich. Doch geändert haben sich Regierung und politische Regeln. Ein „Leitbild des schlanken Staates“ hat die **Wertschätzung** des öffentlichen Dienstes nach unten **absinken lassen**. Der Austritt des Landes aus der Tarifgemeinschaft deutscher Länder im April 2004 ließ die Absicht erkennen und hatte Folgen. Löhne und Gehälter für Bedienstete wurden und blieben geringer als in anderen Ländern. Personalabbau und längere Wochenarbeitszeit im öffentlichen Dienst führten zu Leistungseinbußen und Überlastungsfolgen. Besonders demotivierend wirkten dabei noch Nullrunde, Nichtübernahme der Tariferhöhungen und Beihilfekürzung. Die Bevölkerung bekam die Auswirkungen zu spüren.

In einer 2015 durchgeführten Bürgerbefragung erhielten Polizisten 84 %, Richter 79 %, Lehrer 71 %, Journalisten 47 % und **Politiker nur noch 24 %** (drittletzter Platz der Skala) **Zustimmung**. Unbeliebtheit lässt sich halt auf vielfältige Weise provozieren: Mitmenschen enttäuschen, Versprechen brechen, Wahrheit verschleiern, Bedürfnisse ignorieren, sich Vorteile verschaffen, Abhängige benachteiligen u. dgl. scheint für politische Parteien zeitweise zur Taktik und zum Programm zu gehören. Was uns Medien in diesem Zusammenhang servieren, trägt wesentlich zur Einschätzung von Personen, Institutionen und Berufen bei.

Der Hessische Rechnungshof als Prüfer, Mahner und Berater listet jährlich erschreckend viele Fälle von Steuergehaltverschwendung auf. Sorgfältigere Planung und Kontrolle könnte solche Fehlleistungen vermeiden, würde dem Ruf Verantwortlicher weniger schaden und notwendigen Erfordernissen dienen. Im Schwarzbuch des Bundes der Steuerzahler 2015 werden 130 Verschwendungsfälle dokumentiert, wovon acht aus Hessen stammen.

Was darüber hinaus Wähler sicher befremdet, schockiert und abstößt, sind publizierte, gegenseitige teils ehrenrührige Vorwürfe politischer Gegner. Welcher Beliebtheit darf sich z. B. ein „Grüner“ erfreuen, der den Ministerpräsidenten vor der Landtagswahl als „Rechtspopulisten“ beschimpft und ihn nach der Wahl als Mehrheitsbeschaffer und Minister unterstützt? Waren Machtgelüste das auslösende Motiv für Gesinnungswandel? Auch Einkommen der Abgeordneten bleiben vielen Bürger rätselhaft. Das **Entschädigungsge-**

setz für Abgeordnete nennt die monatlichen **7508 Euro „Diäten“** (leicht zu verwechseln mit mehrfacher Schonkost!) und die 574 Euro für Büromaterial, Porto, Telefon, Bücher und Zeitungen **„Kostenpauschale“**. Ansprüche auf Altersversorgung sind günstiger als die für Beamte. Quelle und Höhe der Nebeneinkünfte bleiben in der Regel unbekannt.

Viele politische Entscheidungen scheinen mehr auf Wahlstimmen zu zielen als auf voraussehbare Zukunftswirkung. Durch sorgfältiges Planen und gewissenhafte Entscheidungen ließen sich revisionsbedürftige Ergebnisse sicher oft vermeiden. Häufig wird für fehlende Ursachenregeln viel Steuergeld zur Eindämmung von unerwünschten Auswirkungen ausgegeben. Gäbe es angemessene Strafbestimmungen für Angriffe auf Sicherheitskräfte und härtere Strafen für Gesellschaftsschädiger, wäre weit weniger Aufwand für Schutzausrüstung der Sicherheitskräfte nötig. Wachsende Skepsis gegenüber politischen Eliten veranlasst zunehmend kritische Bürger, auf ihr Wahlrecht zu verzichten oder als Protestwähler ihre Stimme einer suspekten Partei zu geben.

Normalbürger wundern sich, wenn sich Politiker über ihren Ansehensverlust wundern und entrüsten. Aktuelle Wahlergebnisse sollten unseren etablierten demokratischen Parteien genügend Anstoß gegeben, auf die Bedürfnisse und kritischen Bewertungen ihrer Wähler Rücksicht zu nehmen. Mit Aufrichtigkeit und Einfühlungsvermögen ließen sich „wahre Wunder“ vollbringen.

Gerhard Kastl, 10. 09. 2016

Nur die dümmsten Kälber wählen ihre Schlachter selber.
Zitiert u. a. von Bertholt Brecht

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Bezahlbarer Wohnraum in den Ballungsgebieten wird knapp

Auftrag der Bezirksgruppe Frankfurt vom Delegiertentag wurde umgesetzt

Auf dem letzten Delegiertentag wurde der von der Bezirksgruppe Frankfurt gestellte Antrag D08 beschlossen, dass sich die GdP auch um bezahlbaren Wohnraum in den

Ballungsgebieten kümmern soll. Nun wurde die zuständige Frau Ministerin Prsika Hinz angeschrieben. Auf die Antwort sind wir gespannt.

Sehr geehrte Frau Ministerin Hinz, die Gewerkschaft der Polizei vertritt in Hessen ca. 13 000 Mitglieder. Wie



ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Innen sicher bekannt ist, sind sehr viele Kolleginnen und Kollegen in der Besoldungsgruppe A 9 oder A 10 beschäftigt. Auch vertritt die GdP zahlreiche Kolleginnen und Kollegen im Tarifbereich bei der Polizei, die noch weitaus weniger Einkommen in den Entgeltstufen EG3 bis EG9 TV-H verdienen.

Viele Kolleginnen und Kollegen müssen mit diesem oft sehr geringen Einkommen mit ihren Familien oder als Alleinerziehende in den Ballungsräumen in Hessen bezahlbaren Wohnraum finden.

Dies wurde in den letzten Jahren immer schwieriger. Oft ist vernünftiger Wohnraum in den Ballungsgebieten für die oben genannten Personengruppen nicht mehr bezahlbar. Die GdP hat auf ihrem letzten Delegiertentag in Marburg beschlossen, dass

dies auch ein gewerkschaftliches Thema für unsere Mitglieder ist.

Die GdP Hessen bittet Sie und die Hessische Landesregierung ausdrücklich darum, die bisherigen Mittel im Bereich des Sozialen Wohnungsbaues weiter zu erhöhen und auch den Landesbediensteten in den hessischen Ballungsräumen diesen Wohnraum zur Verfügung zu stellen.

Bitte bedenken Sie auch, dass die Studierenden in der hessischen Polizei nicht, wie in anderen Bundesländern üblich, Wohnraum in der Polizeiakademie oder der Bereitschaftspolizei zur Verfügung gestellt bekommen. Alle Studierenden in Hessen müssen sich auf dem „freien Wohnungsmarkt“ um eine Unterkunft bemühen. In Wiesbaden und Kassel, Gießen und Mühlheim ist dies zunehmend schwie-

rig bis unmöglich, ordentlichen bezahlbaren Wohnraum mit einem Einkommen um die 1100 € anzumieten.

Auch hier bitten wir Sie, Frau Ministerin Hinz, darum, bezahlbaren Wohnraum für unsere Studierenden zu schaffen und zur Verfügung zu stellen.

Es muss bedacht werden, dass in diesen Zeiten oft auch ein Kriterium für die jungen Menschen ist, dass man in anderen Bundesländern günstig in Polizeiliegenschaften Zimmer zur Verfügung gestellt bekommt und in Hessen nicht. Sicher würde Hessen mehr Anwärter für den Polizeidienst einstellen können, wenn dieses Problem gelöst wäre.

Mit der Bitte um Ihre Unterstützung verbleibe ich mit freundlichen Grüßen

Stefan Ruppel
Landesvorstand

Und es geht weiter!

GdP Nordhessen „besucht“ mit der GEW die Jahreshauptversammlung der Grünen der Stadt Kassel

Im DBG-Vorstand Kassel kam die Idee bei den ÖD-Gewerkschaften auf, die verbleibenden zwei Jahre bis zur nächsten Landtagswahl zu nutzen, und den Parteien der Regierungskoalition weiter auf den Füßen zu stehen.

Gesagt, getan! Die Grünen im Stadtgebiet Kassel hatten am 29. 9. 2016 ihre „Jahreshauptversammlung“, und im Internet auch Interessierte dazu eingeladen.

Da wir ja nette, höfliche Gewerkschafter sind, wollten wir uns bei „unseren Grünen“ herzlich für die Nullrunde im letzten Jahr und die 1% Lohnzuwachs für 2016 ordentlich bedanken.

Die Grüne Partei lebte ja damals oft vom spontanen Protest. Das wollten wir auch gern aufgreifen. Nach einer Vorstandssitzung der KG Kassel trafen wir uns mit den Kolleginnen und Kollegen der GEW Nordhessen. Hier besteht in den letzten Jahren eine hervorragende Zusammenarbeit mit den Lehrern im Protest gegen den Koalitionsvertrag der schwarz-grünen Landesregierung.

Die Überraschung war dann gelungen. Um 18.30 Uhr zogen wir gemeinsam mit unseren Fahnen und Plakaten vor den Eingangsbereich des Café Freiraum. Erstaunte Blicke und Nachfragen, was wir denn hier wollen! Unsere Themen wären doch Landesthemen und hätten mit der örtlichen Politik nichts zu tun.



Stimmt! Aber liebe Grüne in Kassel, sicher trägt ihr unseren Protest nach Wiesbaden in die Regierungskoalition. Wir haben sicher noch viele gute Termine für weitere Besuche.

Stark war natürlich nach dem ersten Schock, dass ihr uns gemeinsam ein dreiminütiges Rederecht zu Beginn eurer Sitzung eingeräumt habt. Da seit ihr Grünen doch viel cooler und gelassener als die CDU. Hier blieben wir in der Vergangenheit mit unseren Besuchen immer vor der Tür.

So konnten wir den Anwesenden noch einmal deutlich machen, warum die Lehrer und Polizisten heute hier stehen. Die Nullrunde im letzten Jahr und das 1% in diesem Jahr drückt die mangelnde Wertschätzung in Hessen für die Beamten bei einem spitzen Haushalt und klasse Rahmendaten deutlich aus.

In Nordhessen werden wir mit unseren Freunden bei der GEW euch weiter keine ruhige Zeit lassen! Versprochen!

Stefan Ruppel



KONZERT

Fußball-Rock 'n' Roll an der Polizeiakademie Hessen

Benefizkonzert der Bezirksgruppe Polizeizentralbehörden zugunsten der Hessischen Polizeistiftung

Die Bezirksgruppe Polizeizentralbehörden lädt am 1. Dezember 2016 ab 19.00 Uhr zu einem ganz besonderen Fußball-Rock 'n' Roll-Konzert mit der Band PLANITZER in die Kantine der HPA ein.

PLANITZER, der Name der Band, geht auf einen legendären Torhüter von Mainz 05 aus den 60er-Jahren zurück und wurde 2010 von Jürgen Girtler, Fachlehrer der HPA, gegründet.

PLANITZER-die Band ist angesagt – nicht nur in Fußballkreisen. Nicht nur in Mainz!

PLANITZER bietet ein Konzert, das sich musikalisch, textlich, zeitlich und sogar optisch ganz den Vorgaben eines klassischen Fußballspiels unterworfen hat.

PLANITZER spielen zwei Halbzeiten mit Nachspielzeit, Verlängerung und 11-M-Singen.

PLANITZER-Musik besteht aus Rockklassikern. Diese werden mit



deutschen, satirisch-selbstironischen Texten rund um die Fußballszene gewürzt. Dadurch kommen auch nicht fußballaffine Laien auf ihre Kosten. Unterstützt werden die Inhalte durch im Hintergrund projizierte Leinwandpräsentationen.

Naturgemäß darf der Lokalkolorit (Mainz/Wiesbaden) oder eben die klassische „Fußballfolklore“ nicht fehlen – alles mit einem musikalischen Augenzwinkern! Inhaltlich werden zudem FIFA, DFB, ... thematisiert.

Wussten Sie, warum Uli Hoeneß tatsächlich verurteilt wurde?

PLANITZER klären dies am Benefizkonzert für die Polizeistiftung Hessen am 1. 12. 2016 auf.

Beginn ist um 19.00 Uhr in der Kantine der Polizeiakademie in Wiesbaden. Eintrittskarten für das Spiel gibt es für 5 € inkl. einer kleinen Halbzeitverlosung bei den Kreisgruppen LKA, PTLV und HPA, sowie an der Abendkasse.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Hessen**

Geschäftsstelle:
Wilhelmstraße 60a
65183 Wiesbaden
Telefon (06 11) 99 22 7-0
Telefax (06 11) 99 22 7-27

Redaktion:
Markus Hüschenbett (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Hessen
Wilhelmstraße 60a
65183 Wiesbaden

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 38
vom 1. Januar 2016
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6446

JUBILAR

50-jähriges Gewerkschaftsjubiläum:

Rolf-Eberhard Löffler
Kreisgruppe PAST Baunatal

STERBEFÄLLE

Es starben

Josef Becker
Kreisgruppe Rheingau

Kurt Menzel
Kreisgruppe Marburg-Biedenkopf

Ruth Riedl
Kreisgruppe Wiesbaden

Wir werden den Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren!

